

MARTIN-MAURICE BÖHME
 REGINA EDELBAUER
 DR. BEATRICE GORAWANTSCHY
 BRITTA GUTSCHMIDT
 MAREEN HARING
 JANINA MANGOLD

G20-Gipfel in Toronto: Im Zeichen wachsenden Selbstbewusstseins

REAKTIONEN AUF DEN KANADISCHEN G20-GIPFEL AUS INDIEN, CHINA, INDONESIA UND DEN USA

Der G20-Gipfel vom 26.-27. Juni 2010 im kanadischen Toronto war von divergierenden Standpunkten zwischen den von der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nachhaltig betroffenen Industrienationen und den in der Mehrheit gut durch die Krise gekommenen Schwellenländern einerseits sowie unterschiedlichen Interessenlagen von Staaten mit Exportüberschüssen und Defizitländern andererseits geprägt. Die Ergebnisse des Gipfels blieben in vielen Bereichen hinter den Erwartungen zurück. Gleichwohl ist mit dem Konsens zur Halbierung der Haushaltsdefizite bis 2013 eine wichtige Vereinbarung getroffen worden. Ein bedeutsames Signal ging von dem zusehends selbstbewussten Auftreten der Schwellenländer im Kreise der G20-Gipfelteilnehmer aus. Dieser Länderbericht aus KAS-Auslandsbüros fasst Reaktionen auf den Ablauf sowie die Ergebnisse des Gipfels aus indischer, chinesischer, indonesischer sowie US-amerikanischer Perspektive zusammen.

Inhalt

- Seite 1
INDIEN
- Seite 4
CHINA
- Seite 7
INDONESIEN
- Seite 11
USA

INDIEN

Auf indischer Seite waren die Erwartungen an das Zusammentreffen der G20 im Vorfeld gering. Die Administration in Neu-Delhi hatte sich schon früh positioniert und eine allgemeine, globale Steuer auf Finanzmarkttransaktionen abgelehnt. Stattdessen nutzte der indische Premierminister Manmohan Singh die Gelegenheit, den versammelten Staats- und Regierungschefs der volkswirtschaftlich bedeutenden Nationen der Welt die Sichtweise der Schwellenländer aufzuzeigen.

Die indische Presse beschreibt den Auftritt Singhs als eine Art „Lehrstunde“ für seine Zuhörer. So habe der promovierte Wirtschaftswissenschaftler (Oxford) vor einer vorschnellen geld- und fiskalpolitischen Konsolidierung gewarnt. Die gerade wiedererstarkende Weltwirtschaft stünde immer noch auf einem fragilen Fundament. Das

gelte gerade für einige Länder der Eurozone. Eine nachhaltige Verschuldungskrise, wie beispielsweise in Griechenland, verunsichere die Weltmärkte. In diesem Umfeld, so Singh, sei die zentrale Herausforderung aus der Perspektive der Schwellenländer, globales Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Deshalb gelte es, die Binnennachfrage in den Industrieländern zu stärken und wieder auf das Niveau in der Zeit vor der Krise zu entwickeln. Insofern stellte sich der indische Premierminister auf die Seite der Amerikaner, die sich gegen ein baldiges Ende der wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen aussprachen. Indien sei es durch einen ausgewogenen geld- und fiskalpolitischen Stimulus gelungen, die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise einzudämmen. So habe man im Krisenjahr 2009 immer noch ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent erzielt und gehe für das

kommende Jahr wieder von 9 Prozent Wachstum aus.¹ Insgesamt bewertete Singh die Gefahr einer Deflation, ausgehend von überzogenen Sparbemühungen einzelner Staaten und einer gegensätzlichen Wirtschaftspolitik der Industriestaaten, höher als die Gefahren einer wachsenden Inflation.²

Ahluwalia: kein „same-policy-fits-all“ Ergebnis in Sicht

Der ‚Sherpa‘ Indiens in der G20-Runde, Montek Singh Ahluwalia, Deputy Head Planning Commission of India, hatte bereits vor Gipfelbeginn deutlich gemacht, dass seine Regierung im Resultat von Toronto kein „same-policy-fits-all“ Ergebnis sehe, dass es also zumindest jetzt noch nicht zu einem globalen Finanzmarkt-Regulierungsansatz aller G20-Mitglieder kommen würde.³ So erklärte auch Premierminister Manmohan Singh während des Gipfels: „Fiscal consolidation must obviously have high priority in those advanced deficit countries that are experiencing exceptional fiscal stress and where markets have signalled serious concern. However, other advanced countries should opt for a much more calibrated exit from stimulus“.⁴ Mit dieser Aussage versuchte Singh, der als ausgleichender Politiker gilt, einerseits den Spagat zwischen der Position einiger europäischer Länder, darunter auch Deutschland, die sich für eine rasche Anpassung der Fiskalpolitik an die anziehende Weltkonjunktur einsetzen. Andererseits versuchte der indische Premier ein Signal an Barack Obama und andere zu senden, weiter mit Stimuli an einer Stärkung der Binnenkonjunktur zu arbeiten. Denn dies käme in besonderem Maße den indischen, aber auch den Wachstumsindustrien der übrigen Schwellenländer zu Gute.

Indien drängt auf Reform multinationaler Entwicklungsinstitutionen

Bedingt durch die internationale Beachtung und gestärkt durch das hohe Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre, stellt Indien selbstbewusst hohe Forderungen. Indien will auf globaler Ebene in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Zusammen mit Brasilien, Russland und China (BRIC-Staaten) will man mehr Stimmrechte und Macht in der G20 erhalten. Mittelfristig ist es ein Ziel der Inder, Reformen im Bereich des IWF, der Weltbank und anderer multilateraler Entwicklungsbanken durchzusetzen. Dabei geht es Delhi vor allem um die Stärkung grenzübergreifender finanzieller Kooperationen zum Nutzen der Schwellenländer. Bereits im September 2009 hatte Montek Singh Ahluwalia im Rahmen einer Fachkonferenz der KAS darüber gesprochen, dass der IWF in der Vergangenheit nicht immer eine glückliche Rolle gespielt habe – das gelte gerade für sein Verhältnis zu den Schwellenländern in Asien. Positiv sei, dass das Komitee zur Finanzstabilisierung des IWF nun mit allen Mitgliedern der G20 besetzt sei. Insgesamt müsse aber die Glaubwürdigkeit der Institution erhöht werden.⁵ In Toronto erneuerte Shiv Shankar Menon, der nationale Sicherheitsberater Indiens, diese Forderung. Er sprach von der Notwendigkeit, die „Entscheidungs-Matrix“ der finanziellen Schlüsselinstitutionen Weltbank und IWF zu Gunsten Indiens und der übrigen Schwellenländer zu verändern. Es gäbe zwar bereits die grundsätzliche Entscheidung, den personellen Einfluss der Entwicklungsländer innerhalb des IWF um 5 Prozent zu erhöhen und den Ländern der südlichen Hemisphäre eine stärkere Gewichtung innerhalb der Weltbank-Gruppe zu Teil werden zu lassen, nun müssten den Worten aber auch Taten folgen.⁶

¹ Vgl.: „PM economy lesson for G20 leaders“, in: The Telegraph Calcutta, 28.06.2010.

² Vgl.: „Early Stimulus Exit May Hit Recovery: PM at G20“, in: The Sunday Express, 27.06.2010.

³ Vgl.: „G20 says countries have option to pursue bank levy“, in: Reuters Business and Financial News, 26.06.2010.

⁴ Vgl.: „Consolidate global recovery: PM tells G-20“, in: NDTV, 27.06.2010.

⁵ Vgl.: „Indien“, in: KAS, Erwartungen an den G20-Gipfel in Pittsburgh, Sankt Augustin, 2009.

⁶ Vgl.: „India cold to global bank tax proposals as G-20 meet opens“, in: The Financial Express, 27.06.2010.

Indien unterstützt Basel III

Indien unterstützt die Absichten der anderen G20-Staaten, bis zum nächsten Gipfel im November 2010 in Seoul/Südkorea eine Übereinkunft über allgemeingültige Finanzmarktnormen zu erzielen. Die Einigung auf das so genannte Basel III Abkommen, mit dem die Eigenkapitalquoten von Finanzinstituten erhöht werden sollen, um diese krisenresistenter zu machen, werde die strukturelle Qualität des Kapitalmarktes erhöhen und finanzielle Risiken für die Staaten minimieren helfen. Darüber hinaus sollen Hedgefonds und Ratingagenturen sowie problematische Finanzmarktderivate, wie beispielsweise Swaps, einer stärkeren Kontrolle und Regulierung unterzogen werden.⁷ Insgesamt geht es der indischen Regierung darum, die Märkte sowohl fair als auch robust zu gestalten. Im Bezug auf die eigenen indischen Finanzplätze verläuft der Öffnungsprozess aber verhalten und Regulierungsbemühungen überwiegen weiterhin. Zwar wurde im Jahr 2009 vom indischen Finanzministerium ein Plan zur Etablierung einer Financial Stability and Development Authority entwickelt, die sich auch mit der Akkreditierung ausländischer Finanzinstitute befassen soll, jedoch wurden hierzu noch keine abschließenden Beschlüsse gefasst.

Nebeneffekte des Gipfels

Premierminister Manmohan Singh nutzte seine Teilnahme am G20-Gipfel, um gemeinsam mit dem kanadischen Premier Harper, der Unterzeichnung eines zivilen Nuklearabkommens zwischen Indien und Kanada beizuwohnen. Singh beschrieb diesen Schritt als Widerspiegelung des Wandels internationaler Wirklichkeiten.⁸ Das Abkommen ist der erste Schritt zum Bau von kanadischen Atomreaktoren in Indien. Ebenfalls Signalwirkung hatte ein bilaterales Treffen zwischen Premierminister Singh und US-Präsident Barack Obama. Beobachter werteten diese Unterhaltung als Betonung

der strategischen Partnerschaft zwischen Indien und den USA. Obama hatte Indien unlängst den Status einer globalen Macht zugebilligt. Bisher war immer von einer wichtigen regionalen Größe gesprochen worden. Darüber hinaus habe Indien eine herausragende Rolle bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Bekannt ist auch, dass Obama den Wirtschaftssachverständigen Singh schätzt und das Wort des Premiers in den USA bei der Regulierung der internationalen Märkte Gewicht hat.

G20 bindet Schwellenländer an schwierige Herausforderungen

Im Vorfeld auf den kommenden Gipfel sind die Unterhändler der G20 Staaten gefordert viel Abstimmungsarbeit leisten, damit die Ergebnisse für alle beteiligten befriedigend ausfallen. Shrawan Nigam, Senior Consultant des führenden indischen Wirtschaftsforschungsinstitut Indian Council for Research on International Economic Relations (ICRIER), betrachtet die bisherigen Ergebnisse durchaus kritisch. Demnach sei man in Indien der Auffassung, dass die G20 parallel zur G8 von den Industrieländern etabliert wurde, um die Ziele der westlichen Staaten effektiver umsetzen zu können, in dem man die Entwicklungsländer dazu bringt, die Schlusserklärungen der Gipfel mit zu tragen und diese damit moralisch bindend mache. Es sei nun Aufgabe der 13 entwickelten Länder, die Agenda der kommenden Gipfel „inklusiver“ zu gestalten, um diesem Eindruck entgegen zu wirken. In Indien spreche man sich für verstärkte internationale Kooperation explizit aus, diese müsse aber auf einer ausgewogeneren Agenda beruhen.⁹

KAS AUSLANDSBÜRO INDIEN

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY
MARTIN-MAURICE BÖHME
MAREEN HARING
www.kas.de/indien

⁷ Vgl.: „G20 nations for balanced approach to growth, fiscal deficit“, in: The Hindu, 28.06.2010.

⁸ Vgl.: „India; Canada sign new civil nuclear deal“, in: The Hindu, 29.06.2010.

⁹ Vgl.: „Indien“, in: KAS, Das Krisenmanagement der G20, Berlin 2010.

CHINA

In der offiziellen Presse Chinas wird der Beitrag des Landes auf dem G20-Gipfel in Toronto als Erfolg anerkannt. Die Rede des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao thematisierte „Work in unity for the future“. Die Festlegung auf gemeinsame und vor allem verbindliche Ziele fehlten allerdings - trotz der überwiegend optimistischen Bewertung des Gipfels in chinesischen Medien. Bei strittigen Themen, wie z.B. der Finanztransaktionssteuer, fehlte es den Mitgliedern an der von Hu Jintao proklamierten „Einigkeit/Unity“. Trotzdem scheint die chinesische Agenda erfüllt: der G20-Gipfel in Toronto bot ein internationales Forum, auf dem sich eine selbstbewusste VR China, neben Indien, als Wortführerin der Entwicklungsländer positionierte und den bilateralen (und strategischen) Dialog mit den G20-Mitgliedsstaaten forcierte.

Mediale Begleitung des Gipfeltreffens

Im innerchinesischen Diskurs kommt dem G20-Gipfel seit seiner ersten Durchführung 2008 wachsende Bedeutung zu. Die umfangreiche mediale Begleitung des 4. Zusammentreffens der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in Toronto (26.-27.Juni 2010) bestätigt diese Beobachtung. Die Webseiten der staatlichen Nachrichtenagenturen „Xinhua“¹⁰ und „China Daily“¹¹ richteten themenspezifische Sonderrubriken ein, um die Ergebnisse der G20-Verhandlungen zu dokumentieren. Nationalen Berichterstatern zufolge demonstrierte das Treffen in Toronto den wachsenden Einfluss der Entwicklungsländer - insbesondere Chi-

nas - im multilateralen (Wirtschafts-)Dialog.¹²

Zufriedenheit über Engagement Chinas

Die G20-Teilnahme der chinesischen Delegation stellt sich in den staatlichen Medien als Erfolgsgeschichte dar: Der mitreisende Außenminister Yang Jiechi wurde nicht müde zu betonen, dass Präsident Hu in bilateralen Gesprächen gegenseitiges Vertrauen stärken und neue Kooperationsmöglichkeiten ausloten konnte. Die VR China hätte ihren Standpunkt zur Überwindung wirtschaftspolitischer Herausforderungen „weitsichtig, pragmatisch, effektiv und ertragreich“ positioniert.¹³

Das selbstbewusste Auftreten im Rahmen des G20-Gipfels begründet sich nicht zuletzt in den Wirtschaftszahlen des Landes. Im 1. Quartal d. J. verbuchte Peking im Angesicht der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ein Wachstum von 11,9%.¹⁴ Aus ähnlichen Gründen präsentierte sich auch die indische Delegation selbstsicher in den multilateralen Verhandlungen.¹⁵

Internationale Kommentare verliehen Chinas Selbstvertrauen zusätzlich Auftrieb: Peter van Loan, Minister für Internationalen Handel des Gastlandes Kanada, definierte in einem Interview mit der chinesischen Nachrichtenagentur „Xinhua“ Peking als einen der „Keyplayer“ der G20.¹⁶ Von russischer Seite waren ähnliche Bekenntnisse zu vernehmen, die Chinas Teilnahme als maßgeb-

¹⁰ Vgl.: „Special Report: President Hu visits Canada, Attends G20 Meeting“ in: <http://english.news.cn/special/hjt20100623/>
¹¹ Vgl.: „Hu visits Canada, Attends G20 Summit“ in: <http://www.chinadaily.com.cn/china/2010g20canada/index.html>

¹² Vgl.: „G20 'vital' to power realignment“ in: <http://globaltimes.cn>, 29.06.2010

¹³ Vgl.: „Chinese president's visit to Canada, attendance at G20 summit successfully promote trust, cooperation“ in: <http://news.xinhuanet.com>, 28.06.2010

¹⁴ Vgl.: „Towards new financial order“, in: <http://chinadaily.com.cn>, 05.07.2010

¹⁵ Vgl. Beitrag „Indien“ im vorliegenden Bericht.

¹⁶ Vgl.: „Chinese president's visit to Canada, attendance at G20 summit successfully promote trust, cooperation“ in: <http://news.xinhuanet.com>, 28.06.2010

lich für die Lösung weltwirtschaftlicher Probleme bewerteten.¹⁷

Die chinesische Presse zitierte umfangreich aus Hu Jintaos Rede vor den G20-Mitgliedern. In dem Vortrag „Work in unity for the future“ warnte der chinesische Präsident davor, dass die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise noch nicht überwunden sei und strukturelle Risiken für die Weltwirtschaft weiterbestehen.¹⁸ Der Wunsch Pekings: Um ein ausbalanciertes, nachhaltiges ökonomisches Wachstum zu garantieren, sollte die G20 zu einer Plattform aufgebaut werden, die eine „faire, tolerante und regelkonforme internationale Finanzordnung“ schaffe.¹⁹ Die englischsprachige staatliche „China Daily“ verlautbarte als Reaktion auf den Gipfel in Kanada sogar, dass die G20 im Bereich der Weltordnungspolitik („Global Governance“) die „Gruppe der 8“ bereits abgelöst hätte.²⁰

In Toronto verurteilte Hu Jintao protektionistische Maßnahmen und plädierte für gewissenhaftere Aufsicht der Bonitätsbewertungsinstitutionen. Außerdem sprach er sich für eine strengere Regulierung beim Handel ausländischer Banken mit Terminpapieren aus. Zu Interessenkonflikten kam es hinsichtlich der internationalen Bankenabgabe: Chinesische Geldinstitute hätten die Finanzkrise nicht verursacht und sollten darum nicht mit einer Abgabe „bestraft“ werden.²¹ Neben Peking argumentierte auch Gastgeberland Kanada gegen den Vorschlag, der u.a. aus Deutschland kam.

Des Weiteren forderte Hu Jintao mehr Mitsprache für Entwicklungsländer im Internationalen Währungsfond (IWF).²² Ein Schlüs-

selergebnis des vorangegangenen Gipfeltreffens in Pittsburgh (Anhebung des Stimmanteils der Entwicklungs- und Schwellenländer im IWF)²³ würde die Mitsprache von China, Indien, Brasilien und Russland in der bisher amerikanisch und europäisch dominierten Institution erhöhen. Es überrascht nicht, dass Hu (auch nach Toronto) auf eine schnellere Implementierung des Beschlusses drängt.²⁴

Kritischere chinesische Medienberichte über enttäuschende Ergebnisse des Gipfels sollen an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Allerdings werden die Gründe für die fehlende Einigkeit (u.a. im Bereich der Exit-Strategien und Finanzsektorreform) nicht in den eigenen Reihen gesucht, sondern durch Schuldzuweisungen in Richtung USA oder Europäische Union abgewälzt.²⁵

Harmonischer Bilateraler Dialog

Im Vorfeld des G20-Gipfels bemühte sich Peking, den teilnehmenden Industriestaaten eine möglichst geringe Angriffsfläche zu bieten. Von Seiten der Vereinigten Staaten, Chinas zweitwichtigstem Handelspartner nach der Europäischen Union, war die Kritik an dem künstlich niedrig gehaltenen Yuan-Wechselkurs lauter geworden.²⁶ Nur wenige Tage vor Beginn des Treffens in Kanada wertete die chinesische Regierung den Renminbi (symbolisch) auf und nahm somit internationalen Kritikern den „Wind aus den Segeln“. Gleichwohl betonten Sprecher des chinesischen Außenministeriums, dass es „unangebracht“ sei, den Wechselkurs des Yuan im Rahmen des Toronto-Gipfels zu thematisieren; die Währungspolitik bleibe eine innenpolitische Angelegenheit.²⁷

¹⁷ Vgl.: „Russian presidential aide lauds China's role in G20“ in: <http://china.globaltimes.cn>, 22.06.2010

¹⁸ Vgl.: „Chinese president calls for strong, sustainable, balanced global economic growth“ in: <http://news.xinhuanet.com>, 28.06.2010

¹⁹ Vgl.: „G20-Gipfel in Toronto beendet“ in: <http://german.cri.cn>, 28.06.2010

²⁰ Vgl.: „Wealthy economies decline and developing ones' rise makes it necessary to remodel the economic governance framework“ in: <http://www.chinadaily.com.cn>, 05.07.2010

²¹ Vgl.: „China will Vormacht des Westens im IWF brechen“ in: www.spiegel.de, 25.07.2010

²² Vgl.: „G20-Gipfel in Toronto beendet“ in: <http://german.cri.cn>, 28.06.2010

²³ Vgl. „Das Krisenmanagement der G20 – Perspektiven aus den G5-Staaten“, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin, 2010

²⁴ Vgl.: „G20 urge deal on IMF voting power by November“ in: <http://reuters.com>, 27.06.2010

²⁵ Vgl.: „Toronto Summit: Little has been achieved, more to be done“ in: <http://www.chinadaily.com.cn>, 05.07.2010

²⁶ Vgl.: „Learning to crawl“ in: <http://www.economist.com>, 24.06.2010

²⁷ Vgl.: „China warns critics prior to G20 summit“ in: <http://chinaeconomicreview.com>, 18.06.2010

Mit dem Ausräumen des Kritikpunkts „Un-
terbewertung des Yuan“ gestalteten sich die
bilateralen Gespräche im Rahmen des Gip-
feltreffens, laut chinesischen Medienberich-
ten, harmonisch. Statt inhaltlichen Interes-
sensgegensätzen fokussierten die Gesprä-
che mit dem japanischen Premierminister
Naoto Kan eine Vertiefung des politischen
Dialogs zwischen Regierung, Parteien und
Militär. Mit dem südkoreanischen Präsi-
denten Lee Myung-bak wurde der Ausbau der
strategischen Partnerschaft diskutiert.²⁸ Hu
Jintao analysierte mit seinem russischen
Amtskollegen Dmitri Medwedew die Situati-
on auf der koreanischen Halbinsel. Der briti-
sche Premierminister David Cameron äußerte
im Gespräch mit dem chinesischen
Staatspräsidenten den Wunsch nach einem
intensiveren strategischen Dialog. Ausge-
baut werde die Partnerschaft auch mit In-
donesien, betonte Hu nach der Zusammen-
kunft mit dem Präsidenten Susilo Bambang
Yudhoyono.²⁹

Naturgemäß wurden in den bilateralen Ge-
sprächen strittige Punkte angesprochen,
auch wenn das in chinesischen Berichten
ausgespart bleibt. Internationale Medien
berichteten, dass der amerikanische Präsi-
dent seinem chinesischen Gegenüber im
Bezug auf den vermeintlichen nordkoreani-
schen Angriff auf ein südkoreanisches
Kriegsschiff im März d. J. „willful blindness“
vorwarf.³⁰ Chinesische Nachrichtenagentu-
ren meldeten im Gegensatz dazu lediglich,
dass beide Seiten Ideen über den Umgang
mit Nordkorea ausgetauscht hätten.

Trotzdem: Die Einladung zu einem Staats-
besuch, die der US-Präsident Barack Obama
an Hu Jintao aussprach und dieser akzep-
tierte, machte die Reihe der bilateralen Ge-
spräche am Rande des G20-Gipfels per-

fekt.³¹ Die Symbolik der Einladung ist nicht
zu übersehen: Die Wogen der „immer
schwerer zu handhabenden“³² sino-
amerikanischen Beziehungen (Yuan-
Wechselkurs, Handelsprotektionismus, Waf-
fenlieferung nach Taiwan) sollen geglättet
werden.

Ausblick – G20-Gipfel in Seoul

Vor dem nächsten Zusammentreffen müss-
ten die Mitgliedsstaaten einige Hausaufga-
ben machen, gestehen nationale Berichter-
statter ein. Auf der Agenda stehen dann:
„[...] promoting the developmental issue,
building up a global financial safety net-
work, and the institutionalization of the
G20“.³³

Der nächste G20-Gipfel findet im November
2010 in Südkorea statt – das erste Mal in
Asien. Die Kräfteverschiebung innerhalb der
globalen Wirtschaftsordnung in Richtung
erstarkender, asiatischer Entwicklungs-
bzw. Schwellenländer wird sich inzwischen
dynamisch fortschreiben. Ob sich die G20-
Mitglieder in Seoul inhaltlich annähern wer-
den, hängt nicht nur von kompromissberei-
ten Bekenntnissen, sondern von konkreten
Maßnahmen für ein verantwortungsvolles,
nachhaltiges Wirtschaften aller Mitgliedstaa-
ten – nicht zuletzt Chinas – ab.

KAS AUSLANDSBÜRO CHINA (SHANGHAI)

REGINA EDELBAUER

www.kas.de/china

²⁸ Vgl.: „Hu attends G20 summit, meets for-
eign leaders“ in:
<http://www.chinadaily.com.cn>, 28.06.2010

²⁹ Vgl.: „Chinese president meets foreign lead-
ers on sidelines of G20 summit“ in:
<http://news.xinhua.com>, 27.06.2010

³⁰ „Obama criticizes China for 'willful blindness
on NKorea over sinking of SKorean warship“
in: <http://www.todayonline.com>, 28.06.2010

³¹ Vgl.: „Obama expects 'significant' RMB rise“
in: <http://www.chinaeconomicreview.com>,
28.06.2010

³² Vgl.: „Hu calls for balanced global economic
growth“, in <http://globaltimes.cn>, 27.06.2010

³³ Vgl.: „Toronto Summit: Little has been
achieved, more to be done“ in:
<http://www.chinadaily.com.cn>, 05.07.2010

INDONESIEN

Die globale Finanzkrise – das zentrale Thema des G20-Gipfels am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto - ist fast spurlos an Indonesien vorbeigegangen. Während die von der Krise stark betroffenen G20-Staaten gebannt nach Kanada blickten, war das Interesse der Öffentlichkeit und der Medien in Indonesien dagegen eher gering. Die indonesische Regierung stellte zwar die neue Bedeutung des Landes als Mitglied der G20 heraus, konnte sich jedoch lange nicht zu einer klaren Haltung zur Finanztransaktionssteuer und zur Bankenabgabe durchringen. In ihren Reformvorschlägen blieb sie vage. Auch in der Frage nach dem richtigen fiskalpolitischen Kurs zur nachhaltigen Bewältigung der Krise und Stützung der weltweiten Konjunktur bezog Indonesien keine klare Stellung.

Das relative Desinteresse Indonesiens am Krisengipfel der G20-Staaten in Toronto begründet sich vor allem dadurch, dass die globale Finanzkrise nahezu spurlos an der hiesigen Bankenlandschaft vorbeigegangen ist. In Reaktion auf die Asienkrise 1997/98 hatte die indonesische Regierung bereits damals ihre Hausaufgaben gemacht und den nationalen Finanzsektor einer Reihe von Reformen unterzogen. Die Capital Adequacy Ratio (CAR) des indonesischen Bankensektors ist aktuell mit 19,2% nach internationalen Standards hoch.³⁴ Aufgrund der geringen Exportabhängigkeit der indonesischen Wirtschaft – nur etwa 10% des BSP gehen auf Ausfuhren zurück – und einer weitgehend stabilen Inlandsnachfrage wirkte sich die auch der Rückgang des Konsums in den Industriestaaten im Vergleich nur wenig auf das ökonomische Wachstum aus:

³⁴ Unter Capital Adequacy Ration (CAR), dt. Sicherheitsmittelausstattung, versteht man das Verhältnis zwischen dem Bankkapital und dem nach Risiko gewichteten, verwalteten Vermögen ("assets"). Nach den Baseler Richtlinien 2007 sollte dieser Wert nicht über 10 Prozent liegen.

Auch im Krisenjahr 2009 wuchs die Wirtschaft des Inselstaates um 4,3% - ein Rückgang von nur 1,8% gegenüber dem Vorjahr.

Indonesische Regierung nach Rücktritt von Sri Mulyani orientierungslos

Diese gute Ausgangsposition trug dazu bei, dass sich die indonesische Regierung erst sehr spät in der internationalen Diskussion positionierte und ihre Aufmerksamkeit lieber auf innenpolitische Fragen konzentrierte. Mit dem Rücktritt der international hoch angesehenen Finanzministerin Sri Mulyani Indrawati im Zuge eines Bankenskandals Anfang Mai hat Indonesien zudem seine wichtigste Wirtschaftsexpertin und eine versierte Vertreterin indonesischer Interessen in auf dem internationalen Parkett verloren. In der Folge wirkte die indonesische Regierung hinsichtlich der auf dem G20-Gipfel anstehenden Entscheidungen auf weiten Strecken orientierungslos.

So wurde erst knapp drei Wochen vor dem Gipfel in Toronto bekannt, dass Indonesien die von den USA, Frankreich und Deutschland geforderte Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterstützen werde. Mit Bezug auf die Lehren aus der Asienkrise meldeten jedoch einige indonesische Wirtschaftsexperten Bedenken an, ob die durch eine solche Steuer erzielten Einnahmen im Ernstfall nicht ausreichen würden, um den gesamten durch Fehlspekulationen in Trudeln geratenen Finanzsektor eines Landes zu retten. Der Vorschlag sei daher zwar „eine gute Idee, hat jedoch seine Grenzen“, urteilte Tony Prasetyantono von der Bank Negara Indonesia.³⁵

Der Generalinspekteur des Finanzministeriums, Hekinus Manao, liess darüber hin-

³⁵ Vgl. „RI supports G20 plan to tax financial transactions“, Jakarta Post, 09.06.2010.

aus verlauten, dass Indonesien auf eine fiskalische Konsolidierung der europäischen Staaten hoffe, damit ihr hohes Budgetdefizit und Schuldenquote sich nicht negativ die Wirtschaft von Schwellenländern wie Indonesien auswirkt. „Wir machen uns ernsthafte Sorgen über den Abzug von Geldern aus den *Emerging Nations*“³⁶. Präsident Susilo Bambang Yudhoyono – in Indonesien meist nur kurz SBY genannt – bezog in der speziell zwischen Deutschland und den USA hart umstrittenen Frage nach dem richtigen fiskal-politischen Kurs zur nachhaltigen Stützung der Weltwirtschaft jedoch nicht öffentlich Stellung.³⁷

Auch bei anderen strittigen Themen wie der von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den USA befürworteten internationalen Bankenabgabe gab es gut eine Woche vor dem Abflug der indonesischen Delegation offenbar keine klare politische Linie. „Wir sind noch damit beschäftigt, [die Haltung der Regierung zu verschiedenen Punkten] zu finalisieren“, antwortete der Sprecher des Präsidenten, Julian Aldrin Pasha, auf die Frage was Indonesien auf dem anstehenden G20 Gipfel vorschlagen werde. „Außer unseren nationalen Interessen werden wir uns mit Themen im Zusammenhang mit dem globalen Finanzsystem und der globalen ökonomischen Stabilität beschäftigen“.³⁸

Das Defizit an wirtschaftlicher Fachkompetenz und die fehlende wirtschaftspolitische Orientierung in der indonesischen Regierung, die der Rücktritt Sri Mulyanis hinterlassen hat, wird auch durch die Äußerungen des neu ernannten Finanzministers Agus Martowardojo zu den Verhandlungszielen seines Landes deutlich: „Wir wollen, dass die G20 keine Maßnahmen zur Protektion des Handels und von Investitionen erlässt. Das ist unser genereller Standpunkt. In Bezug auf die

anderen [Verhandlungs-] Gegenstände müssen wir uns diese definitiv ansehen und dann von Fall zu Fall entscheiden“.³⁹

Vorschlag eines internationalen Mechanismus zu Finanzsicherheit

In der Woche vor Beginn des Gipfels in Toronto berichteten die Medien lediglich, dass Präsident SBY den anderen Gipfelteilnehmern die Einrichtung eines globalen Finanzsicherheitsmechanismus vorschlagen werde. Details, wie dieses neue Finanzinstrument aussehen solle und welche Entscheidungsmechanismen und Finanzierungsquellen ihm zugrunde liegen sollten, wurden jedoch nicht genannt.

Der stellvertretende Handelsminister Mahendra Siregar sagte vor Journalisten lediglich, dass Schwellenländer Zugriff auf spezielle Finanzinstrumente haben müssten, um mit den Auswirkungen der globalen Finanzkrise fertig zu werden. Länder wie Indonesien hätten aufgrund ihres wirtschaftlichen Aufschwungs keinen Zugang mehr zu den multilateralen Kreditfazilitäten, die den weniger entwickelten Ländern offen stehen. „Die Emerging Economies benötigen ein globales Sicherheitsnetz nicht nur um Probleme hinsichtlich ihrer Zahlungsbilanz zu lösen, sondern auch um den Herausforderungen eines durch die Krise geminderten Staatshaushalts begegnen zu können“. Ein solches Finanzinstrument könne den Schwellenländern helfen, ihre Rolle als Motor des globalen Wirtschaftswachstums trotz der Unsicherheit über die Erholung des Konsums in den USA und die Sparmaßnahmen der europäischen Staaten zu erfüllen.⁴⁰

³⁶ Vgl. „RI supports G20 plan to tax financial transactions“, Jakarta Post, 09.06.2010.

³⁷ Vgl. „President chairs closed meeting to discuss G20 summit“, Jakarta Post, 16.06.2010

³⁸ Vgl. „SBY prepares for Canada G20 Summit“, Jakarta Post, 17.06.2010.

³⁹ Vgl. „RI looks to flex muscles at G20, Jakarta Post“, 21.06.2010.

⁴⁰ Vgl. „RI to propose global financial safety net in G20 summit“, Jakarta Post, 19.06.2010

Ein starkes und selbstbewusstes Indonesien als Anwalt der Entwicklungsländer

Der stellvertretende Handelsminister erklärte zudem, dass man sich auf dem G20-Gipfel für die Interessen der Entwicklungsländer einsetzen werde. „Indonesien erwartet zunehmende Aufmerksamkeit von dem G20-Forum in Entwicklungsfragen sowohl mit Bezug auf die Lösung globaler Krisen als kurzfristiges Ziel und die langfristige Beschleunigung der Entwicklung für einen höheren Wohlstand in den Entwicklungsländern“. Die Entwicklungsländer seien meist am stärksten von einer Instabilität der Weltwirtschaft betroffen, da ihnen ein starkes Sozialnetz fehle. „Eine globale Krise richtet in den Entwicklungsländern mehr Schaden an als in den Industrienationen, die über bessere Sozialsysteme verfügen“. Auch habe sich die Finanzkrise negativ auf die weltweite Bereitschaft ausgewirkt, entwicklungspolitische Herausforderungen anzugehen. „Ich hoffe, das G20-Forum kann den starken politischen Willen für eine Implementation der Beschlüsse der vorangehenden Gipfel unterstreichen und so zu einer nachhaltigen globalen Erholung führen“. ⁴¹ Der Sprecher des Präsidenten, Dino Patti Djalal erklärte zudem, dass sich Indonesien „beharrlich dafür einsetzen wird, die Instrumente des IWF und der Weltbank [zugunsten der Entwicklungsländer] zu verbessern“. ⁴²

Der koordinierende Minister für Wirtschaft, Hatta Radjasa, betonte diesbezüglich, dass Indonesien seinen gewachsenen politischen Einfluss nutzen werde, um auf dem Gipfel neue Agenden voranzubringen, insbesondere solche, die von den Entwicklungsländern benötigt werden - Details nannte jedoch auch er nicht. „Wir folgen nicht länger den Vorgaben des Mainstreams... Wir werden verschiedene Initiativen vorschlagen, insbesonde-

re hinsichtlich des Zugangs zu Geldern und der Reform der multilateralen Organisationen. Wir müssen jedoch auch hart daran arbeiten, unseren Standpunkt hinsichtlich der Hauptstreitpunkte einschließlich [der von Indonesien mittlerweile abgelehnten] Bankenabgabe, Wirtschaftsförderungsmaßnahmen und Handelsprotektionen voranzutreiben.“ ⁴³

Der stellvertretende Handelsminister Mahendra Siregar liess lediglich verlauten, dass sich der Präsident für den Abschluss der Verhandlungen der Doha-Runde einsetzen werde. „Die Vollendung der Verhandlungen [...] würde zur Einrichtung eines internationalen Handelsübereinkommens führen, dass als eine alternative Quelle für globales Wirtschaftswachstums dienen könnte“. ⁴⁴ „Indonesiens größter Wunsch ist es, [diesbezüglich] eine konzertierte Koordination innerhalb der G20 zu erreichen. Koordination bedeutet dabei nicht Uniformität, sondern mehr Verständnis und Kompromisse bezüglich der Schritte, die auf globaler Ebene unternommen werden müssen“. ⁴⁵

Auch außerhalb der politischen Arena waren die Stellungnahmen zum G20-Gipfel weniger von konkreten Inhalten als vielmehr von einem erstarkten nationalem Selbstbewusstsein und dem Wunsch geprägt, sich nach der Asienkrise endgültig von den internationalen Finanzinstitutionen – insbesondere dem IWF – zu emanzipieren. So verlangte Mohammed Ikh-san, Dozent an der Wirtschaftsfakultät der Universitas Indonesia, dass Indonesien eine führende Rolle in der internationalen Wirtschaftspolitik spielen müsse: „Es ist Zeit für uns aufzustehen und unsere Verhandlungsstärke zu nutzen. Die Regierung sollte eine klare Botschaft senden, dass wir führen und Einfluss nehmen. Die Regierung sollte nicht länger um Kredite betteln, sondern Beiträge

⁴¹ Vgl. „RI to propose global financial safety net in G20 summit“, Jakarta Post, 19.06.2010

⁴² Vgl. „SBY to fight for developing countries' needs at G20“, Jakarta Post, 24.06.2010.

⁴³ Vgl. „RI looks to flex muscles at G20, Jakarta Post“, 21.06.2010.

⁴⁴ Vgl. „RI to propose global financial safety net in G20 summit“, Jakarta Post, 19.06.2010.

⁴⁵ Vgl. „RI looks to flex muscles at G20, Jakarta Post“, 21.06.2010.

anbieten, um Einfluss zu nehmen. Die Bittsteller-Mentalität [aus der Zeit nach 1997] sollten wir ablegen".⁴⁶

Beschlüsse haben keinen besonderen Einfluss auf Indonesien

Angesichts der ohnehin mageren Ergebnisse des Gipfels von Toronto, fielen auch die Reaktionen auf die gefassten Beschlüsse in Indonesien dünn, aber allgemein positiv aus.

Der Beschluss der G20, dass jedes Land alleine über seine Finanzpolitik zur Überwindung der Krise entscheiden sollte, da sich die jeweilige wirtschaftliche Problematik nicht verallgemeinern lasse, findet allgemein Zustimmung.⁴⁷ „Ich kann die Entscheidung verstehen, denn die Situation ist in jedem Land anders“, bemerkte Tony Prasetyantono, Chefökonom der Bank Negara Indonesia.⁴⁸

Hinsichtlich der Entscheidung der G20, die Haushaltsdefizite bis 2013 zu halbieren und die öffentlichen Schuldenstandquoten bis 2016 mindestens zu stabilisieren, sei es ohnehin im Interesse Indonesiens, sein wenn auch bereits jetzt schon vergleichsweise sehr geringes Defizit von unter 2 Prozent langfristig weiter zu reduzieren und so das Vertrauen der Finanzmärkte in die indonesische Wirtschaft zu steigern. Letzteres sei für Länder wie Indonesien auch deshalb essenziell, um die Kosten für die Kreditaufnahme im effektiven Rahmen zu halten.⁴⁹ Gegebenenfalls sei aber auch eine Erhöhung des Defizits auf 2,5 bis 3,0 Prozent keine Gefahr für die indonesische Wirtschaft.⁵⁰

Die anstehenden Finanzreformen im Rahmen von Basel III hinsichtlich Eigenkapital und Liquidität werden von den meisten Banken Indonesiens nach Auskunft des Vizegouverneurs der Bank Indonesia, Halim Alamsyah, ohnehin bereits erfüllt oder sind für diese leicht zu erreichen. „Im indonesischen Kontext wissen wir, dass die Capital Adequacy Ratio im Allgemeinen bereits 19 Prozent erreicht hat – weit jenseits der auf dem Toronto-Treffen vorgeschlagenen 8 Prozent. Wenn wir also die Kapitalpufferregel implementieren, werden die indonesischen Banken meist keine Probleme haben. Indonesien würde nicht zu sehr beeinflusst“. Halim Alamsyah ist daher der Ansicht, dass die Verschärfung der Regulierungen des Finanzmarktes den hiesigen Banken keinen Schaden zufügen werde.⁵¹

KAS AUSLANDSBÜRO INDONESIEN UND TIMOR LESTE

BRITTA GUTSCHMIDT
www.kas.de/indonesien

⁴⁶ Vgl. "RI looks to flex muscles at G20, Jakarta Post", 21.06.2010.

⁴⁷ Vgl. "Editorial: Keeping cool up top", Jakarta Post, 28.06.2010.

⁴⁸ Vgl. "'Gradual deficits cut' should be followed by 'rise in investment'", Jakarta Post, 30.06.2010.

⁴⁹ Vgl. "Editorial: Keeping cool up top", Jakarta Post, 28.06.2010.

⁵⁰ Vgl. "'Gradual deficits cut' should be followed by 'rise in investment'", Jakarta Post, 30.06.2010.

⁵¹ G20 financial reform won't affect Indonesian banks: BI; Jakarta Post, 01.07.2010

USA

Deutschlands Sparprogramm, resultierend aus verschiedenen Sorgen wie dem Abflauen des Wirtschaftswachstums und einer Wiederholung des Griechenland-Debakels, sorgt für ausgeprägte Differenzen zwischen den transatlantischen Bündnispartnern. Zahlreiche Diskussionen über mehr Konjunkturprogramme im Vergleich zu Defizitbeschränkungen und starre Währungspolitik der chinesischen Partner wurden am 26./27. Juni 2010 von den zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländern geführt. Das Ergebnis scheint nur bedingt zufriedenstellend: Vage Kompromisse, unverbindliche Vorgaben bei der Schuldenreduzierung und keine Einigung über härtere Banken-Spielregeln.

selbst aus den Reihen der europäischen Nachbarn stieß – wurde offensichtlich. Es wird von Staaten wie Frankreich und Großbritannien befürchtet, dass die Weltwirtschaft nicht in Schwung kommen könnte, wenn Deutschland die Nachfrage auf dem internationalen Markt nicht erhöhe, berichtet die Financial Times. Selbst Frankreich kommt Obamas Bitte nicht nach und gab kürzlich Etatkürzungen bekannt. Auch wenn man in Toronto letzten Endes beschloss, die jährlichen Staatsdefizite bis zum Jahre 2013 zu halbieren und bis 2016 ausgeglichene Haushalte vorzuweisen, fallen die Urteile darüber unterschiedlich aus. Merkel stimmt das Abschlusskommuniqué positiv, doch der kanadische Ministerpräsident Harper merkte kritisch an, dass die Einhaltung dieser Vorschläge nicht zwingend sei und daher lediglich auf freiwilliger Basis geschehe.



Der amerikanische Präsident Barack Obama wandte sich noch vor Beginn des Gipfels in einem Schreiben an die übrigen G20-Staaten, welches viele Staaten jedoch unbeeindruckt ließ. Nicht nur traten Spannungen zwischen den USA und China wegen deren starrer Währungspolitik auf, Obama war sich sogar so uneinig mit seinen europäischen Bündnispartnern wie noch nie zuvor in seiner 18-monatigen Amtszeit, so der Politico. Kanzlerin Merkel signalisierte, dass man weiterhin am rigiden Haushaltssparprogramm festhalte. Dass dies auf Kritik –

Der Glanz des Weltpolitikers Barack Obama scheint langsam zu verblassen. Obwohl er im Ausland bei der Bevölkerung noch hohes Ansehen genießt, so kann er das nur bedingt in politische Durchsetzungskraft umsetzen.

Group of 20

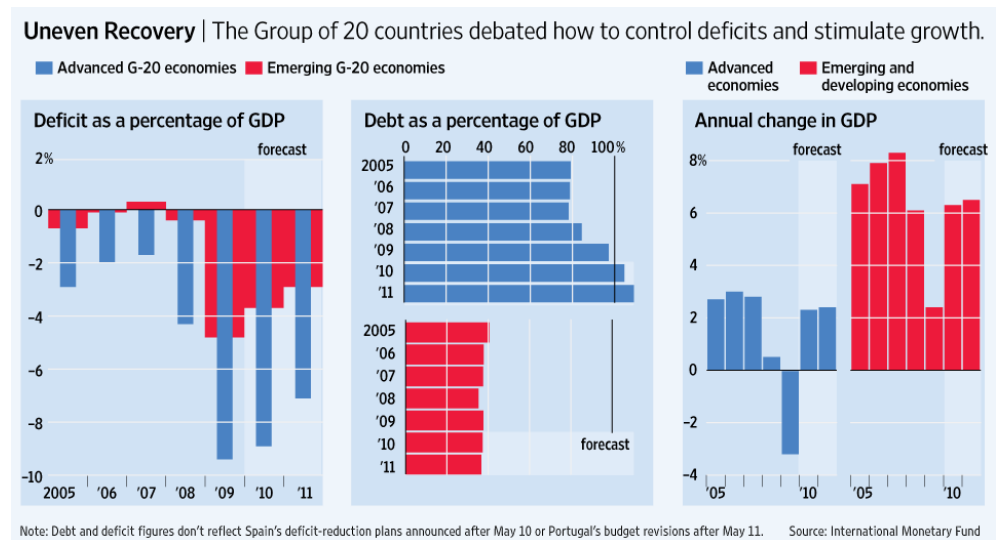
Die G20 ist eine vielfältige Gruppe, doch eben diese Vielfalt erschwert ihr die Konsensfindung. Die Gruppierung macht zum einen zwar insgesamt über 85 Prozent

des weltweiten BIP aus, aber andererseits umfasst sie auch die politische Sensibilität von der saudi-arabischen Ölmonarchie, über Chinas undurchsichtige Mischung aus kommunistischer Politik und Marktkapitalismus bis hin zu zunehmend durchsetzungsfähigen und ökonomisch wichtigen Nationen wie Brasilien und Indien. Dass dieses „bunt gemischte“ Forum besondere Schwierigkeiten überwinden muss, wenn es beispielsweise um die Diskussion von Nordkoreas Waffenprogramm geht, scheint laut der Washington Post vorprogrammiert.

Nachdem eine Antwort auf die Finanzkrise im Herbst 2008 gefunden wurde, die alle Beteiligten unterstützten, stellte man fest,

Bereits einen Tag vor dem Aufeinandertreffen der G20-Staatschefs wurde der G8-Gipfel abgehalten. Laurie A. Garrett, Senior Fellow des Council on Foreign Relations, ist deshalb der Ansicht, dass das Aufeinanderfolgen der G20 auf die G8 deutlich die dramatische Machtverschiebung erkennen ließe. Neue wirtschaftsstarke Giganten, wie China und Brasilien, seien dabei, sich mehr Macht und Ansehen auf der internationalen Bühne zu verschaffen, während einige G8-Staaten momentan eher wirtschaftlichen Stillstand aufweisen würden, so der Council on Foreign Relations.

Das Abschlusskommuniqué zeige die Übereinstimmung der G20, dass hoch verschul-



dass damals Länder, vom kommunistisch-regierten China bis hin zum konservativen Kanada, noch in dieselbe Richtung drängen. Die Mitglieder der G20 kamen dieses Mal jedoch zerrissen von neuen nationalen Interessen beim Gipfel an. Die Washington Post schrieb deshalb, dass die G8-Führungskräfte der stärksten Wirtschaftsnationen am 24.6.10 zusammen kamen – mit der Befürchtung, dass ihr Versagen, im Finanzsektor zu kooperieren, die Welt Millionen von Arbeitsplätzen kosten könnte. Diese Situation stellte für Präsident Obamas Politik des Multilateralismus daher eine Herausforderung dar. Zudem veranlasste es den Internationalen Währungsfonds dazu, vor zu hohen Preisen zu warnen, falls die wichtigsten Industrienationen keinen Konsens fänden.

dete, westliche Nationen ihre Defizite reduzieren müssen, während überschussreiche Länder mit inländischen Ausgaben und Nachfragen versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln, so die Washington Post weiter.

Ungleiche Markterholung

Laut einer Studie des Internationalen Währungsfonds weisen die G20-Staaten eine ungleiche Markterholung auf, bei der die Prognose für aufstrebende Volkswirtschaften – im Gegensatz zu etablierten Wirtschaftsnationen – positiv in Bezug auf deren Staatsverschuldung und das Bruttoinlandsprodukt ausfällt.

Der von der Brookings Institution und der Financial Times angelegte Index der Wirtschaftserholung zeigt, dass die meisten In-

diktoren des Wirtschaftswachstums über dem normalen Wert liegen. Diese Indikatoren zeigen eine steile, V-förmige Erholung an. Neu entstehende Märkte in Schwellenländer hätten sich besonders schnell von der Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 erholt und würden nun sogar Wachstumsraten über ihrem historischen Durchschnitt verzeichnen.

Thematik des 4. Gipfels

Das Hauptthema des vergangenen G20-Gipfels der großen Wirtschaftsnationen und aufstrebenden Ländern in Toronto war die Frage, wie man die Stärkung der weltweiten Wirtschaft vorantreiben kann. Es sollte aufgrund der ungleichen Markterholung das Gespräch unter den Staatsmännern und -frauen gesucht werden, um Staatsverschuldung zu kontrollieren und Wachstum zu stimulieren, so das Wall Street Journal.

NACHHALTIGES UND AUSGEGLICHENES WACHSTUM

Beim G20-Gipfel in Pittsburgh 2009 einigte man sich, Unausgewogenheiten in der Weltwirtschaft mit einem Rahmenprogramm für ein starkes, nachhaltiges und ausgeglichenes Wachstum zu korrigieren. Ziel dieses Programms war es, dass die G20-Staaten ihre jeweiligen nationalen politischen Verfahrensweisen evaluieren, um sicherzustellen, dass diese den kollektiven Richtlinien entsprechen. Beim kanadischen Gipfel sollte daher gegenseitig beurteilt werden, ob diese Ergebnisse den Vorgaben entsprechen. Zum Abschluss des Gipfels war man sich unter den G20-Ländern einig, der Verpflichtung, die jährlichen Staatsdefizite bis zum Jahre 2013 zu halbieren und bis 2016 ausgeglichene Haushalte zu erreichen, nachzukommen, um nachhaltiges Wachstum zu fördern.

REFORM DES FINANZSEKTORS

Beim Pittsburgher-Gipfel kamen die Staatsoberhäupter überein, Regulierung auf dem Finanzmarkt durch vielfältige Maßnahmen voranzutreiben. Beim diesjährigen Gipfel in Toronto sollte den Führungskräften die Möglichkeit gegeben werden, ihren Fortschritt in

diesem Bereich auszuwerten und eine Plattform zu schaffen, um weitere Wege zu mehr Transparenz und weniger Risikobereitschaft zu finden. Eine Mehrheit für die von Deutschland vorgeschlagenen Finanztransaktionssteuer ließ sich nicht finden; es wurde aber zumindest eine Einigung für den Euroraum angestrebt.

REFORM DER INTERNATIONALEN FINANZINSTITUTIONEN

Internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds haben eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise gespielt, indem sie Mittel zur Verfügung gestellt haben, um Stabilität auf dem Finanzmarkt wiederherzustellen. In Toronto sollte nun eine Bestandsaufnahme dieser Institutionen gemacht werden, um deren Kreditgewährungs-Kapazitäten zu stärken, damit sie zuverlässig und effektiv bleiben. Die G20 haben dazu jedoch im Nachgang an den Gipfel offiziell keine Stellung bezogen.

GLOBALER HANDEL UND WACHSTUM

Die G20 haben sehr erfolgreich protektionistische Maßnahmen vermieden, die im Jahre 1929 aus dem Kurseinbruch an den Aktienmärkten die Große Depression eskalieren ließen. In Pittsburgh verpflichtete man sich bereits darauf zu achten, dass es nicht zu Protektionismus komme und man Handel stattdessen liberalisiere. In Kanada will man, laut der Homepage der G20, die multilateralen Bestrebungen unterstützen, die Liberalisierung des Handels weiter voran zu treiben. Trotz der Verpflichtung aller Länder, ihre Staatsdefizite zu reduzieren, war man sich einig, dass der globale Handel weiterhin umfassend gefördert werden müsse.

Spannungen vor Gipfelbeginn

Vor Beginn des Gipfels in Toronto wandte Obama sich in einem Schreiben bereits an die G20-Staaten, indem er betonte, dass der Hauptfokus nach wie vor auf der Stärkung der Wirtschaft liegen solle. Im gleichen Zuge ermahnte er im Besonderen die

europäischen Staaten, sich nicht zu schnell von ihren Investitionsprogrammen zu trennen, da es ansonsten zu einer Rezession mit zwei Talsohlen kommen könne. Deutschland und weitere europäische Länder seien in den letzten Wochen vermehrt zu einer Sparpolitik übergegangen, da ihnen der Schreck der extremen Staatsschulden Griechenlands, Portugals und Spaniens noch in den Knochen sitze, so die New York Times.

In diesem Schreiben nahm Obama deutlich Bezug zu den immer größer werdenden Uneinigkeiten innerhalb der G20-Gruppe, einschließlich Chinas unterbewerteter Währung und Europas überraschender Sparpolitik. Ein leitendes Regierungsmitglied sagte bezüglich des Gipfels aber, einer der nennenswerten Aspekte der letzten 18 Monate sei, dass die Länder nicht einfach ihren eigenen Weg gegangen seien. Die Krise sei noch lange nicht vorbei und es gebe nach wie vor Schwachstellen. Es müsse noch viel gemacht werden in jedem der einzelnen Bereiche. Man werde aber gemeinsam an der Agenda weiterarbeiten, berichtet die Washington Post.

Ausgabeverhalten vs. Haushaltskürzungen

Es wurde erwartet, dass die Debatte über Ausgabeverhalten versus Haushaltskürzungsmaßnahmen ein zentrales Thema sein würde in Toronto. Der amerikanische Finanzminister Timothy Geithner und Larry Summers, National Economic Council Chairman, riefen die G20 zu Kürzungen auf, ohne das Wirtschaftswachstum zu gefährden. Ohne sofortiges Wachstum werde der Schuldenberg steigen und auch künftiges Wachstum untergraben, berichtet The Hill.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hingegen gab am vergangenen Mittwoch bekannt, dass sie an ihrem Haushaltssparprogramm festhalten werde, was auf Kritik der USA und ihrer europäischen Nachbarn stieß. Merkel begründete ihre Entscheidung damit, dass Länder es verhindern müssten, „inflationäres Wachstum“ mit Staatsverschuldung zu generieren, so The Hill weiter. Kritisiert wurde daran, dass Deutschland nicht genug tue, um die Nachfrage des Landes auf dem

internationalen Markt zu stärken, berichtet Dr. Jackson Janes, Direktor des American Institute for Contemporary German Studies (AICGS). Laut Janes herrschten signifikante Missverständnisse in Deutschland, Europa und über den Atlantik hinaus in Bezug auf die Priorisierung der kurz- und längerfristigen Ziele, die es zu erreichen gelte. Während Deutschland eher auf längerfristige Ziele fokussiert sei, wie beispielsweise Gefahren der Inflation und des demografischen Trends zu mildern, würde die innenpolitische amerikanische Debatte selbst sichtlich uneinig sein zwischen dem Weißen Haus, den Republikanern im Kongress und den konkurrierenden lokalen Experten.

Die unterschiedliche Auslegung der Zielsetzung spiegelte sich auch in der Bekanntgabe von Etatkürzungen in Großbritannien wider. Premierminister Cameron kam der Bitte Obamas, sich mit Haushaltskürzungen zurück zu halten bis die Wirtschaft sich erholt hätte, nicht entgegen und machte mit seinem Notfallsparrprogramm weiter, in dem Ausgaben gekürzt und Steuern erhöht werden, bei dem mit Einnahmen in Höhe von \$188 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis zum Jahre 2015-16 gerechnet wird. Man plane auch die Mehrwertsteuer von 17.5 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen. Diese Änderung soll ab Januar 2011 rechtswirksam sein, so die Post.

Die New York Times bezeichnete das Vorhaben als „strengstes Sparpaket mit der stärksten Steuererhöhung seit der Ära Margaret Thatchers. Die Associated Press schreibt währenddessen, dass die neusten Kürzungen der öffentlichen Ausgaben die Entschlossenheit in Europa widerspiegeln, erst einmal Schulden abzubauen, bevor man sich über Wachstum Gedanken mache, nachdem Griechenland unlängst kurz vor dem Staatsbankrott stand und sogar die ganze europäische Wirtschaftseinheit gefährdete.

Die New York Times berichtete in einem weiteren Artikel, dass Frankreich, Deutschland und Großbritannien ihr Engagement bekräftigten, Bankensteuern zu regulieren, auch wenn auf diesem Gebiet noch lange keine Einigung in Sicht sei. In einem ge-

meinsamen Brief der Finanzminister versprachen diese, sicherzustellen, dass Banken in Anbetracht der Risiken, die sie in Kauf nehmen, einen angemessenen Beitrag leisten. Ebenso wolle man Banken ermutigen, in ihren Handelsbilanzen diese Risiken zu reduzieren.

US–chinesische Hürden

Bereits im Vorfeld dieses Gipfels kam es auch zu Spannungen zwischen den USA und China. Im Kongress wurde wiederholt der Unmut gegenüber der chinesischen Währungs-, Handels- und Industriepolitik geäußert und damit Präsident Obama aufgefordert, Druck auf den chinesischen Gegenpart auszuüben, so die New York Times. Grund dafür sei, dass der Wert des chinesischen Yuan künstlich niedrig gehalten werde, um den Export zu stimulieren. Außerdem gebe es Beschwerden seitens amerikanischer Softwarehersteller, welche die technologische Piraterie der Chinesen beklagen. Die Times beruft sich weiter auf eine Studie des Economic Policy Institute, das herausgefunden hat, dass durch das Handelsdefizit mit China in den USA zwischen 2001 und 2008 2,4 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen sein sollen. „Die Regierung hat das G20-Treffen bewusst gewählt, um China die Möglichkeit zu geben, seine starre Währungspolitik zu ändern. Falls China jedoch nicht handeln würde und die Regierung daraufhin nicht prompt reagieren würde, würde der Kongress aktiv werden“, so der Abgeordnete Sander M. Levin.

China handelte tatsächlich. Wie die Associated Press berichtete, gab das Weiße Haus am 28.6.2010 bekannt, dass man positiv überrascht von Chinas Versprechen sei, mehr Flexibilität in den Wechselkurs bringen zu wollen. Man glaube aber, dass der tatsächliche Test erst noch bevorstünde, wenn man sehe, ob die Versprechen wirklich in die Tat umgesetzt werden. Pressesprecher Bill Burton sagte, dass die Regierung offensichtlich ermutigt sei. Dennoch warnte er zugleich, die Implementierung zu beaufsichtigen. Ein leitendes Regierungsmitglied sagte, laut der Washington Post, dass Chinas Reaktion extrem wichtig war und die Dynamik des Gipfels deutlich verändert hätte.

Old Debate Warmed Up?

Dr. Jackson Janes vergleicht das Gipfeltreffen in Toronto mit dem Aufeinandertreffen Helmut Schmidts und Jimmy Carters in den späten 1970er Jahren und findet, dass sich seit damals nicht viel verändert hätte. Im Gegensatz dazu seien heutzutage lediglich noch mehr Akteure mit Rang und Namen in der politischen Debatte um den Diskussionsstisch versammelt, die alle zu Wort kommen wollen. Er weist außerdem darauf hin, dass die Argumentationsweise, die in den 70ern vom deutschen Bundeskanzler und dem amerikanischen Präsidenten gewählt wurde, nun überraschend als eine Art Echo „neu“ im transatlantischen Dialog aufgetreten sei. Der dem AICGS nahe stehende Experte äußert sich deshalb kritisch, da je mehr Dinge sich anscheinend verändern würden, desto mehr würde de facto doch beim Alten bleiben.

Ergebnisse des Gipfels

Obwohl der US-Präsident zu Beginn mahnte, die Haushaltsausgaben weiterhin hoch zu halten, um das Wachstum zu fördern, endete das Gipfeltreffen mit einer Vereinbarung zur Staatsausgabensenkung, die vom kanadischen Premierminister Stephen Harper angestoßen wurde. Man einigte sich abschließend unter den G20-Ländern, die jährlichen Staatsdefizite bis zum Jahre 2013 zu halbieren und bis 2016 ausgeglichene Haushalte vorzuweisen. Dies stimmte Kanzlerin Merkel zufrieden, die sagte: „Das entspricht eigentlich genau unserer Zeitachse und insofern können wir sagen, dass wir hier eine wichtige Gemeinsamkeit verabreden können, die nach meiner Meinung zu einem nachhaltigen Wachstum führt.“ Die Bundeskanzlerin ist optimistisch, dass sich die Industriestaaten unter den G20-Staaten an das Abkommen halten werden. Die vorgegebene Zeitachse würde es festschreiben, dass jeder seinen Beitrag leisten müsse. Kritisch beurteilt wird dies jedoch vom kanadischen Ministerpräsident und gleichzeitigen Ausrichter der Konferenz, Stephen Harper. Dieser merkte an, dass die Einhaltung lediglich eine nicht bindende Absichtserklärung darstelle. Es gebe demnach keine Möglichkeit, diese zu erzwingen.

US-Präsident Obama räumte indes ein, dass es bereits im Vorfeld dieser Konferenz eine gewisse Kluft gegeben habe. Die Politik, die vorangetrieben worden sei, spiegele sich jedoch im Abschlusskommuniqué wider und stimme mit dem, was die G20-Führer beschlossen haben, überein.

Das Abkommen wird in den USA nicht als generelle Niederlage für den Präsidenten empfunden, weil es vorsichtig formuliert wurde und weil die Position des Präsidenten der des geschäftsführenden Direktors des IWF, Dominique Strauss-Kahn, stark ähnelt. Dieser war der Ansicht, dass die Vereinbarung zum Schuldenabbau eine zu starke Vereinfachung des eigentlichen Problems darstelle. Er sagte, dass es wichtiger sei für die einzelnen Länder, die richtigen ökonomischen Leitlinien anzufertigen, um Wachstum aufrecht zu erhalten und nicht nur blind zu kuren, um das vorgegebene Ziel zu erreichen, berichtet die Washington Post.

Die New York Times schreibt ebenfalls, dass die abschließende Vereinbarung vor allem die Überzeugung der europäischen Nationen unterstrich, dass Defizite die größte Bedrohung für wirtschaftliche Stabilität seien. Diese Meinung steht im Gegensatz zu den Positionen, die Obama und Geithner artikuliert haben; letzterer hatte immer wieder einen gemäßigten Versuch der Schuldenreduktion angepriesen. Die Times beschreibt die Vereinbarung als abgemildert, um die Einwände der USA, Japans, Indiens und weiterer Länder zu besänftigen. Ebenso haben die meisten Regierungen, inklusive der USA, bereits Budgetvorschläge im Einklang mit den Sollvorgaben vorgebracht.

Obama – Novelty Faded?

Obama wäre für die internationale Bühne wie geschaffen, doch von diesem Glanz sei nicht mehr viel übrig geblieben, berichtet der Politico. Es wird an Obamas ersten G20-Gipfel in London erinnert, bei dem man sich zum Höhepunkt der Wirtschaftskrise und ebenso zum Höhepunkt seiner weltweiten Beliebtheit versammelte. Der Gipfel sei geprägt gewesen von purer „Obama-Faszination“. Ähnlich sei es im vergangenen Herbst beim G20-Gipfel in Pittsburgh gewesen, bei dem Obama ebenfalls alle Aufmerksamkeit auf sich zog, als er stolz verkündete, dass man sich ab sofort regelmäßig in diesem Kreis von 20 Nationen treffe. Laut USA Today verbrachte Präsident Obama auch dieses Mal viel Zeit damit, eine wichtige „diplomatische Runde“ einmal um den Erdball zu drehen. Der dreitägige Gipfel gab ihm die Chance, viele ausländische Führungskräfte, mit denen er in den letzten Monaten nur telefonisch Kontakt pflegte, persönlich zu sprechen. Innerhalb von 30 Stunden traf sich Obama planmäßig mit dem britischen Premierminister David Cameron, Südkoreas Präsident Lee Myung Bak, dem chinesischen Präsident Hu Jintao, dem indonesischen Präsident Susilo Bambang Yudhoyono, dem indischen Premierminister Manmohan Singh und dem neuen japanischen Premierminister Naoto Kann, berichtet USA Today weiter. Dennoch scheint, laut dem Politico, vom Glanz des amerikanischen Präsidenten nicht mehr viel übrig zu sein, da sich seine Glaubwürdigkeit in wirtschaftlichen Angelegenheiten, seine Beliebtheit und vor allem das Wohlwollen gegenüber einem neuen Präsidenten deutlich verringert hätten.

KAS AUSLANDSBÜRO

WASHINGTON

JANINA MANGOLD

www.kas.de/washington